

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern
Generalsekretariat
Postfach
Münstergasse 2
3000 Bern 8

Bern, 9. April 2019

Per E-Mail an: info.jgk@jgk.be.ch

Vernehmlassung Teilrevision Notariatsgesetz (NG, BSG 169.11)

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Ihrem Schreiben möchten wir, die FDP. Die Liberalen Kanton Bern, die Möglichkeit nutzen, unsere Meinung zu den vorliegenden Änderungsvorschlägen abzugeben. Für diese Möglichkeit möchten wir uns bedanken. Wir können die meisten vorgeschlagenen Revisionspunkte unterstützen.

Grundsätzliches

Die FDP.Die Liberalen will am bewährten System des freien Notariats festhalten. Wir erkennen durch die vorgeschlagenen Änderungen, dass gewisse unnötige "Bürokratie"-Leerläufe behoben werden sollten. Die FDP.Die Liberalen unterstützt die Idee, dass sich Notare zu Bürogemeinschaften oder Aktiengesellschaften formieren können. Die Änderungen im Gesetz müssen aber nochmals überprüft werden, wie dann die Auftragsvergabe formell abgehandelt werden muss. Früher erfolgten die Aufträge an den Notar persönlich und nun sollen diese an eine juristische Person erfolgen.

Wir begrüssen die Bestätigung der persönlichen Verantwortung des Notars für die Berufsausübung und die hohen qualitativen Anforderungen an die Anerkennung von ausserkantonalen Patenten. Auch erachten wir es positiv, dass die Organisation und das Durchführen der Revision der Notariatsbüros modernisiert werden sollen.

Fragen:

Hinsichtlich eines radikalen Wechsels hin zu einem reinem Zeittarif stellen wir uns verschiedene Fragen. Wir begrüssen zwar mehr Wettbewerb im Interesse der Kunden. Allerdings sind für uns die genauen Auswirkungen aus dem Vortrag nicht klar erkennbar. Es könnte durchaus sein, dass die Geschäfte mit tiefen Werten wesentlich teurer werden und die Geschäfte mit hohen Werten entsprechend günstiger. In Anlehnung an das Verursacherprinzip erscheint dies zunächst durchaus folgerichtig. Allerdings könnte dadurch auch die juristische Grundversorgung im gesamten Kanton, vorab in den ländlichen Gebieten, gefährdet werden oder mindestens ein ungewollter Anreiz dafür gesetzt werden, dass kleine Geschäfte nicht mehr mit der notwendigen Sorgfalt erledigt werden.

Anhand des Vortrages lassen sich die Folgen eines Systemwechsels wie gesagt nur schwer abschätzen. Die Tatsache, dass wir aus den betroffenen Notariatskreisen fast einhellige Ablehnung verspüren und dass bisher kein einziger Kanton zu einem solchen System gewechselt hat, lassen bei uns trotz viel Sympathien

für ein freieres Wettbewerbssystem einige Zweifel aufkommen. **Wir fordern daher den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat zwei ausgearbeitete und vor allem gut begründete und mit konkreten Beispielen unterlegte Varianten vorzulegen, das heisst eine Variante gemäss vorliegendem Vernehmlassungsentwurf** (allerdings wie gesagt mit detaillierteren Angaben über die Auswirkungen) und eine zweite Variante mit einem wettbewerblich angepassten Staffel-Tarifsystem. Damit wird dem Grossen Rat ermöglicht, in Kenntnis sämtlicher Tatsachen über die gewichtige Tarifrfrage zu entscheiden.

Ablehnung

Die Erlaubnis zur Liegenschaftsvermittlung auf Provisionsbasis, welche das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit und die Seriosität der Notare gefährdet, lehnen wir ab.

Wo ist die Umsetzung der überwiesenen FDP-Motion?

Uns ist aufgefallen, dass die vom Grossen Rat überwiesene Motion M-125-2015 "Unnötige Bürokratie: Das Siegelungsprotokoll ist ein alter Zopf und gehört abgeschafft" nun doch noch nicht berücksichtigt wurde, obwohl der Regierungsrat selber bei der "Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse und Planungserklärungen" in der Märzsession noch folgenden Hinweis zu diesem Vorstoss publiziert hat:

125-2015 M	Vogt (Oberdiessbach, FDP) Unnötige Bürokratie: Das Siegelungsprotokoll ist ein alter Zopf und gehört abgeschafft	27.01.16 Annahme als Postulat	31.12.2018	Die Prüfung erfolgt im Rahmen Revision des Notariatsgesetzes, die Ende 2019 dem Grossen Rat vorgelegt werden soll.
---------------	---	----------------------------------	------------	--

Somit sind wir erstaunt, dass gleichwohl nichts geändert wurde. Wir fordern, dass dies noch korrigiert wird.

Digitalisierung

Auch vermissen wir eine Vorschrift, mit welcher der Kanton angehalten wird, eine Umstellung auf den elektronischen Geschäftsverkehr zu fördern.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unsere Anregungen noch berücksichtigen können.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern

Carlos Reinhard
Vizepräsident

Stefan Nobs
Geschäftsführer